

## Beamtenüberfluß.

Daß nach dem Kriege eine Periode der strengen Sparsamkeit kommen muß, darüber ist alle Welt einig. Nach den ungeheuren Ausgaben dieses Krieges wird für alle Staatsverwaltungen der finanzielle Rabenjammer folgen. Man wird freilich nur löffelweise sparen können, nachdem man scheffelweise ausgegeben hat. Aber immerhin wird jeder Finanzminister um seiner Reputation willen alles tun, um als Sparmeister zu glänzen. Graf Czernin hat ja sogar die Notwendigkeit der internationalen Abrüstung vor allem mit ökonomischen Rücksichten begründet. Wird also in Zukunft auf dem Gebiete der Militärverwaltung ausgiebig gespart werden müssen, so kann man sich denken, daß es auf dem Gebiete der Zivilverwaltung um so ausgiebiger geschehen wird. Wir in Oesterreich haben besonders Grund, uns in diesem Punkt zusammenzunehmen. Unsere Verwaltung ist ja schon lange vor dem Kriege als eine viel zu kostspielige erkannt worden, und namentlich der übergroße Beamtenapparat, mit dem sie arbeitet, hat den berechtigten Tadel kritischer Rechner gefunden. Darin wird unbedingt Wandel geschaffen werden müssen, und wenn auch die Summen, die auf diese Weise zu ersparen sind,

gering erscheinen mögen gegenüber den Riesenziffern der Staatsbudgets, wie sie aus der Kriegsschuldung emporwachsen, so wird doch jedes, auch das kleinste Ersparnis im Staatshaushalt schon als Zeichen finanzieller Solidität seinen Antwort finden. Jeder ehrbare Finanzminister wird sich mit solchen Wörtchen bei den Staatsgläubigern und bei der öffentlichen Meinung in guten Kredit zu setzen trachten. Es unterliegt also gar keinem Zweifel, daß auch das Beamtenheer in Oesterreich eine Abrüstung und Einschränkung erfahren wird. Wenn das aber sicher ist und wenn alle Verwaltungsstellen heute schon darüber im reinen sind, warum wird über diese wichtige Sache nicht beizeiten und mit voller Deutlichkeit gesprochen?

Eine wichtige Sache ist es nämlich nicht bloß aus staatsfinanziellen, sondern auch aus volkswirtschaftlichen und sozialen Gründen. Denn es ist klar, daß eine Herabsetzung der zu hohen Beamtenzahl nicht in der Weise bewerkstelligt werden kann, daß man etwa einen Teil des angestellten Personals einfach entläßt. Davon kann selbstverständlich keine Rede sein. Die einzig mögliche Ersparungsmethode besteht vielmehr darin, daß man den Zutritt zu den Staatsämtern für eine bestimmte Zeit sperrt, keine neuen Anstellungen vornimmt, und die als überzählig erkannten Posten indessen eingehen läßt. Eine solche Kemptersperre ist aber eine Maßregel, die für weite Volkskreise von großer Bedeutung ist, weil sie die Zukunftsaussichten des gebildeten Nachwuchses und damit seine Berufswahl nachhaltig beeinflusst. Der Bildungsweg, den ein junger Mensch betritt, und die Opfer, die seine Erhalter dafür bringen, werden sich stets nach den jeweiligen Chancen des Fortkommens richten. In Oesterreich war die Beamtenlaufbahn seit jeher übermäßig gesucht und geschätzt, und diese glatte, langsam aufsteigende, wenig Glanz, aber auch wenig Risiko bietende Straße war von ruheliebenden Lebenspilgern überfüllt, während für andere, vielleicht lohnendere, aber nicht die gleiche „Sicherheit“ aufweisende Berufe die freien Kräfte und strebsamen Talente mangelten. Es kann im Interesse einer besseren und reicheren sozialen Gliederung nur von Vorteil sein, wenn der Kempterzulauf in Oesterreich zeitweilig gehemmt wird. Aber jedenfalls ist man der Bevölkerung darüber eine offene, rechtzeitige Auf-

klärung schuldig. Es geht nicht an, daß man die Jugend ungewarnt auf der altgewohnten Bahn weiterrotten und dann plötzlich auf das gesperrte Tor stoßen läßt. Finanzielle Sparsamkeitspflicht auf der einen, soziale Rücksichten auf der anderen. Seite gebieten es, daß die Staatsverwaltung in dieser Sache rasch und klar ihre Pläne bekanntgibt.